



Liebe Mitarbeitende in den Kirchenvorständen des Kirchenkreises Augsburg,

wir, die ‚schwäbischen Mitglieder‘ der Landessynode, wollen Sie von nun an regelmäßig über unsere Arbeit in der Synode und über die aktuellen Themen auf dem Laufenden halten. Ein kurzer Bericht aus den einzelnen Ausschüssen, denen wir uns jeweils zugeordnet haben und in denen ja die eigentliche inhaltliche Arbeit geleistet wird, soll Ihnen Anlass und Möglichkeit geben, mit uns auch zwischen den Synodaltagungen in Kontakt zu treten und ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen! Weitere, über diesen Bericht hinaus gehende Informationen erhalten sie unter:

http://www.bayern-evangelisch.de/www/ueber_uns/fruehjahrstagung-der-landessynode-2009.php

Mit ganz herzlichen Grüßen,

Ihre ‚Schwaben-Fraktion‘ (in der Reihenfolge des Fotos von links vorne nach rechts hinten)

Gabriele Burmann, Beate Schabert-Zeidler, Irmgard Kellinhofer, Christa Müller, Johannes Löffler, Heiner Götz, Prof. Dr. Joachim König, Christoph Bodenstab, Michael Renner, Dr. Bernt Münzenberg

Organisationsausschuss und Landessynodalausschuss - Gabriele Burmann, Neu-Ulm

Die *Landesstellenplanung* hatte uns schon bei der Konsultation aller kirchenleitenden Organe im Dezember vergangenen Jahres beschäftigt. Harte Realität: Auf ganz Bayern gesehen werden fünf Prozent aller theologischen Stellen wegfallen. Wie sich die Kürzung auf einzelne Dekanate und Gemeinden auswirkt, richtet sich nach der Erhebung, die gerade läuft. Damals hat man sich darauf geeinigt, bei der Landesstellenplanung 2010 keine grundsätzlich neue Kriterienstruktur entwerfen, sondern die bereits geltende zu übernehmen und in einzelnen Bereichen weiter zu entwickeln. Deshalb wurden die Dekanate im März aufgefordert, bestimmte Daten ihrer Gemeinden zu überprüfen und zu melden. Unmittelbar nach der Tagung der Landessynode in Bad Windsheim haben sie noch einen Brief bekommen, der darum bittet, die vierwöchentlich stattfindenden Altenheimgottesdienste auch als Nebenpredigtstelle anzugeben. So werden mehrere vierwöchentlich stattfindende Nebenpredigtstellen zusammengezählt und gewertet.

Für die *Altenheimseelsorge* wurden keine neu zu errichtenden theologischen Stellen befürwortet, da jede neue theologische Stelle dem Kontingent der Gemeindepfarrstellen abgehen würde.- Außerdem waren viele Mitglieder der Meinung, dass die Altenheimseelsorge nicht unbedingt durch Pfarrstellen geleistet werden müsse. Wo sich solche Arbeitsschwerpunkte ergeben, kann auf Dekanats ebene Stellenkapazität bereitgestellt werden, entweder durch RE-Stellen oder durch theologisch-pädagogische Stellen. Außerdem wird die bisherige Einstufung von Gemeinden hinsichtlich ihres Diasporafaktors neu überarbeitet und differenziert.

Telefonseelsorge wird nach meiner Wahrnehmung sehr einmütig als ein ureigener, wesentlicher Arbeitsbereich der evangelischen Kirche gesehen. Hier geschieht Seelsorge durch einen sehr hohen Anteil von Ehrenamtlichen, die eine sorgfältige Ausbildung und Begleitung erfahren, häufig in vorbildlicher ökumenischer Zusammenarbeit. Dabei wurde erneut bei der letzten Tagung der Landessynode deutlich, dass die Telefonseelsorge sehr unterschiedlich organisiert und finanziert ist. Durch gewachsene Strukturen sind manche Einrichtungen gegenüber anderen deutlich unterfinanziert. An einer gerechteren Strukturierung der Finanzierung in der Bayerischen Landeskirche muss noch weiter gearbeitet werden.

Der Organisationsausschuss hat sich unter anderem mit der Eingabe befasst, die fordert, dass jeder Kandidat/Kandidatin für ein kirchenleitendes Amt oder eine Aufgabe im überparochialen Dienst mindestens sechs Jahre Erfahrungen im Gemeindepfarramt nachweisen muss. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, weil damit die Freiheit der Auswahl aus geeigneten Bewerbungen eingeschränkt würde.

Auch die Eingabe, die fordert, dass jeder Pfarrer im überparochialen Dienst per Vertrag zur Übernahme von Gottesdiensten verpflichtet werden solle, haben wir abgelehnt. Wir sahen keinen Handlungsbedarf, da sehr viele Pfarrer dieses freiwillig bereits tun. Im Übrigen lässt sich dieser zusätzliche Dienst nicht ohne Probleme in einem Dienstplan der unterschiedlichen Träger integrieren.

Ausschuss Bildung, Erziehung, Jugend - Michael Renner, Halblech

Kirche braucht einen gleichwertigen Umgang aller in ihr vertretenen Berufsgruppen: Eine vom BEJ geführte Diskussion mit einer Religions- und einer Sozialpädagogin zeigte, dass pädagogische – theologische Mitarbeiter/innen ihre Kirche sehr stark als „Pfarrer zentriert“ wahrnehmen und erleben. Wenn z. B. die Personalabteilung im LKA sich nur um die Belange der Pfarrerinnen und Pfarrer kümmert, entsteht dieser Eindruck leicht. Der BEJ möchte sich dieser Berufsgruppendifkussion annehmen und für die Herbstsynode dazu eine Stellungnahme vorlegen.

Prävention gegen rechtsextremistische Einflüsse auf Kinder und Jugendliche: Frau Dr. Richter von der Projektstelle, Herr Dr. Twisselmann vom Evang. Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Alexandersbad und die Vorsitzende der Landesjugendkammer Judith Wüllerich schilderten dem BEJ eindrücklich ihre Präventionsarbeit. Keine Stadt oder Gemeinde, keine Schule in Bayern kann sich heute mehr in Sicherheit wiegen, dass dort nicht versucht wird, rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten. Das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ stellt sich dem entgegen und setzt mit der Aktion „Die Welt ist bunt, Gott sein Dank“ hier wegweisende Maßstäbe. Der BEJ wird dieses Thema auch in Zukunft aufmerksam begleiten.

Strafferer Synodenablauf und verbesserte Kommunikation: Der Ablauf der Herbstsynode und die Kommunikation im Umfeld der Konsultation zum Landesstellenplan 2010 in Augsburg hinterließen im BEJ einen „faden Beigeschmack“. Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Ulrich Schwab thematisierte die Problematik im Namen des BEJ in einem Brief an das Präsidium. Besonders die Behandlung aller Anträge und Eingaben bei einer Synodaltagung sowie eine umfassende zeitnahe Information aller Synodalen über die Ergebnisse von Konsultationen sind dem BEJ Herzensanliegen!

Anträge und Eingaben (in Auswahl):

- Der BEJ unterstützt alle Projekte, die nachhaltig eine Verbesserung der Klimasituation im Blick haben. Vorbildliches Handeln fängt beim Einzelnen an und hört bei der Kirchengemeinde (z.B. Umweltmanagement „Grüner Gockel) noch lange nicht auf.

- Der BEJ lehnt den Bau einer 3. Startbahn am Flughafen München ab, nicht aber den schon bestehenden Flughafen!
- „Kinderrechte“ in die Verfassung! - dieser Forderung schließt sich der BEJ an.
- Im Sinne von mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit müssen die Studiengebühren (6 Bundesländer erheben solche, 10 nicht!) langfristig bundesweit abgeschafft werden! Da die Umsetzung dieser Forderung an den kirchlichen Hochschulen in Bayern (noch) schwierig ist, stimmte der BEJ einem Kompromissvorschlag zu: Höchstgrenze der Studiengebühren bei 350 Euro (Staat: 500 Euro), nur ein studierendes Kind zahlt, ehrenamtliche Mitarbeiter/innen können befreit werden. Die Verantwortung über Art der Erhebung und die Höhe der Gebühr liegt bei den Hochschulen.

Ausschuss Gesellschaft und Diakonie – Joachim König, Neusäß

Im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses Gesellschaft und Diakonie (GuD) standen auf dieser Tagung alle Anträge und Eingaben, die im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt ‚Mit Energie für gutes Klima‘ standen. Viel konnte dabei umgesetzt werden und so stand am Ende auch eine stolze Maßnahmen-Beschlusslage: Die Landessynode

- strebt die flächendeckende Einführung eines Umweltmanagementsystems in allen Gemeinden und Einrichtungen an. Anreiz- und Beratungssysteme sollen dazu zur Verfügung gestellt werden.
- unterstützt kirchliche Einrichtungen bei der energetischen Immobiliensanierung und bei der Nutzung von regenerativen Energien durch zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen €
- strebt an, die CO₂-Bilanz von Tagungen kontinuierlich zu prüfen und zu verbessern.
- will Klimaschutz und Veränderung des individuellen Lebensstils zum Inhalt aller pädagogischen Angebote im Raum der Kirche machen.
- Bittet das Landeskirchenamt, binnen Jahresfrist einen Rahmenvertrag für den Bezug von ‚Grünem Strom‘ abzuschließen.
- fordert dazu auf, alle nicht vermeidbaren Flüge im Bereich der Landeskirche durch eine CO₂-Abgabe klimaneutral zu stellen.

Eine klare Absage hat der GuD dem weiteren Ausbau des Münchner Flughafens, auch aus ökologischen Gründen, erteilt.

Des Weiteren hat der GuD einen Antrag der Landesjugendkammer auf Errichtung einer Stiftung ‚Evangelische Jugendarbeit in Bayern‘ klar unterstützt, konnte sich aber am Ende in den Beratungen in dieser Sache nicht durchsetzen.

Schließlich stand im Mittelpunkt die künftige Themenplanung aus der Sicht des Ausschusses. Hier war einhellig klar, dass ein Schwerpunkt künftige Tagungen die Wirtschafts- und Finanzkrise, ihre Auswirkungen auch auf kirchliches Handeln sowie und in diesem Zusammenhang vor allem das Thema ‚Wirtschaftsethik‘ sein soll.

Finanzausschuss – Irmgard Kellinhofer, Memmingen

Im Finanzausschuss ging es zunächst um die aktuelle Finanzlage. Der Finanzreferent Oberkirchenrat Dr. Claus Meier machte die Mitglieder des Finanzausschusses darauf aufmerksam, dass aufgrund der Finanzkrise, bereits im Februar 2009 ein Rückgang der Kirchensteuereinnahmen zu verzeichnen war. Auf das gesamte Jahr 2009 gesehen prognostizierte Oberkirchenrat Dr. Meier einen Rückgang der Kirchensteuereinnahmen von 10- bis 15%, gemessen am Haushaltsplan 2008. Inwieweit sich die ab 2009 eingeführte Abgeltungssteuer auf die Kirchensteuer auswirken werde, konnte zum Zeitpunkt der Frühjahrssynode noch nicht abgeschätzt werden.

Mit dem Schwerpunktthema „Klimaschutz“ befasste sich auch der Finanzausschuss. Die vorliegenden Anträge und Eingaben wurden im Finanzausschuss unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit diskutiert. Bei einem Antrag ging es um die Erhöhung der Beteiligung an Oikocredit. Oikocredit ist eine ökumenische Entwicklungsgenossenschaft die 1975 vom Weltkirchenrat gegründet wurde. Sie ist eine internationale Genossenschaft, die sich für weltweite Gerechtigkeit einsetzt, indem sie benachteiligten Menschen mit Mikrofinanzierungen eine Chance auf wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglicht. Die Landeskirche ist bereits mit einem Genossenschaftsanteil an Oikocredit beteiligt. Eine Geldanlage bei Oikocredit ist für die Landeskirche in Bayern aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da Oikocredit seinen Hauptgeschäftssitz in Amersfoort in den Niederlanden hat und dort andere Gesetze gelten. Die Synode wollte dieses weltweite ökumenische Engagement jedoch unterstützen und hat beschlossen, dass im Rahmen der Haushaltserstellung 2010 geprüft werden soll in welcher Höhe eine Zahlung in Form einer Zuwendung an Oikocredit erfolgen kann.

Darüber hinaus wurde beschlossen, dass die Mittel für energetische Sanierungen und die Nutzung regenerativer Energien in den Gemeinden und Dekanatsbezirken verdoppelt werden. Das kirchliche Umweltmanagement „Grüner Gockel“ soll ebenfalls gefördert werden. Die Landessynode hat beschlossen, dafür finanzielle Anreizsysteme zu schaffen.

Grundfragenausschuss – Beate Schabert-Zeidler, Augsburg

Der Grundfragenausschuss (GrA, Vorsitz: Prof. Dr. Utzschneider) hat sich sowohl am Ausschusstag am 14.3. in Nürnberg als auch auf der Synode nochmals eingehend mit dem auf der Herbstsynode von allen kirchenleitenden Organen verabschiedeten „Wort zur Entwicklung des christlich-jüdischen Verhältnisses“ und der daran in der Folge geäußerten Kritik beschäftigt. Der Ausschussvorsitzende hat insgesamt 4 Textfassungen vorgelegt, um einen gemeinsamen Text der beteiligten Ausschüsse (GrA, GuD, WuÖ) dem Plenum der Synode vorlegen zu können: „ Wir bedauern die Missverständnisse und bedanken uns für das klärende Schreiben der Synodalpräsidentin und des Landesbischofs an Pfarrer Fromm. Für eine Änderung oder Ergänzung des Straubinger Wortes besteht aber kein Anlass. Die aufgebrochene Diskussion um „das Wort“ zeigt, dass eine Weiterarbeit an den durch „das Wort“ aufgeworfenen Fragen unverzichtbar ist. Dies ist durchaus im Sinne des „Wortes“. Wir schlagen vor, dazu öffentliche Studientage zu veranstalten, zu denen interessierte Kirchenmitglieder und nicht zuletzt jene eingeladen werden, die dem „Wort“ gegenüber Kritik geäußert haben“. Der Grundfragenausschuss hat in seiner in der Synode abgegebenen Stellungnahme noch 2 Punkte angefügt, die sich inhaltlich mit den Einwänden von Pfarrer Fromm auseinandergesetzt haben, die aber von den beiden anderen beteiligten Ausschüssen nicht mitgetragen wurden.

Wir haben uns auch ausführlich mit dem Wort der Synode „Mit Energie für gutes Klima“ auseinandergesetzt, das von uns einhellig begrüßt wurde. Die Einbeziehung der Kirche und ihrer Glieder als verantwortlich Handelnde gebe dem Wort eine besondere Note. Konkrete Maßnahmen für das klimabewusste Handeln der Kirchengemeinden vor Ort seien als Konsequenz dieser Synode unbedingt erforderlich. Der GrA wollte allerdings (einstimmig) den Satz „ wir leisten damit einen Beitrag, Atomstrom und fossile Energien überflüssig zu machen“ aus dem Wort herausnehmen, was aber von der Mehrheit der Synode nicht mitgetragen wurde.

Beim Prädikantengesetz ist der GrA der Auffassung, dass nach der Rücknahme des Gesetzes auf der Straubinger Synode nun zunächst vor einer Neueinbringung geklärt werden müsse, ob und wie die Kirchenverfassung (Art 13) bei einer Neufassung tangiert werde. Die Ausführungsbestimmungen insb. zur Ausbildung der Prädikanten können aber in Kraft treten.

Als Themen für „Themensynoden“ wurden genannt: Gottesdienst inkl. Kirchenmusik, Wirtschaftsethik, missionarisch Kirche sein, Zusammenarbeit/Dialog mit Muslimen, wie versteht die ELKB ihr Bischofsamt.

Rechts- und Verfassungsausschuss - Christoph Bodenstab, Kempten

In Bad Windsheim waren 2 Gesetzesvorlagen und 32 Anträge und Eingaben zur Beschlussfassung durch die Synode vorzubereiten. Hiervon hatte der Rechtsausschuss die Vorlagen und 6 Eingaben federführend zu bearbeiten, bei weiteren 19 war er mit beratend.

Bei Vorlage 1 ging es um die *Änderung dienstrechtlicher Vorschriften* im Pfarrergesetz, die insbesondere das Ungedeihlichkeitsverfahren betreffen. Nach eingehender Beratung durch Juristen des Landeskirchenamts und durch den Vorsitzenden des Pfarrerrinnen- und Pfarrervereins wurde der Synode empfohlen, die Gesetzesänderungen anzunehmen.

Aus der Mitte der Landessynode stammte Vorlage 2 zur *Änderung der kirchlichen Haushaltsordnung*. Dadurch wird die Verpflichtung festgeschrieben, den Haushalt der ELKB regelmäßig als Vermögens- und Verwaltungshaushalt aufzustellen. Weiter ist der Haushaltswirtschaft zukünftig eine Finanz- und Investitionsplanung zugrunde zu legen. All dies dient der Transparenz des Umgangs mit den Geldern der Landeskirche. Die Vorlage wurde schon bei der Herbstsynode in Straubing eingebracht, konnte dort aber wegen Fehlens einer Stellungnahme aus dem Landeskirchenrat nicht behandelt werden. Auch hier empfahl der RA der Synode mit kleineren Änderungen die Zustimmung zur Vorlage.

Breiten Raum nahm die Diskussion der Anträge und Eingaben zu umweltbezogenen Themen ein. Hier konnte vielfach auf das Wort der Synode „*Mit Energie für ein gutes Klima*“ verwiesen werden, in dem zahlreiche Ziele der Antragssteller aufgenommen wurden. U.A. wurde der Synode empfohlen, sich gegen den Ausbau des Flughafens München und gegen den weiteren Donauausbau auszusprechen.

Der Ausschuss ließ sich zur Eingabe „*Aufnahme von Kinderrechten in das GG*“ eingehend durch das Landeskirchenamt beraten. Ziel ist es, durch eine entsprechende Verfassungsergänzung Kinder durch spezifische Grundrechte noch besser zu schützen. Der Synode wurde daher auch insoweit die Zustimmung empfohlen.

Unterausschuss „Ländliche Räume“ - Christa Müller, Wechingen

Als Gast war Michael Diestel, Geschäftsführer der Kreisverbandes Rhön-Grabfeld des Bayerischen Bauernverbandes, eingeladen Er berichtete über die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Energie eG, die als Genossenschaft in Anlehnung an den Sozialreformer Friedrich-Wilhelm Raiffeisen („Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das schaffen Viele.“) gegründet wurde, um gemeinschaftlich Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien umzusetzen. Die Genossenschaft finanziert und betreibt beispielsweise Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern wie Kirchen und kommunalen Gebäuden. Bürger haben die Möglichkeit sich durch die Mitgliedschaft an den Projekten zu beteiligen und damit am Ertrag

der Anlage durch ökologisch saubere Zinsen zu profitieren. Die Idee ist bestechend. Sie ist zum einen ein ganz konkreter Beitrag gegen den Klimawandel, zum anderen ist sie eine gute und wichtige Möglichkeit der Entwicklung für strukturschwache ländliche Räume.

Als weiterer Gast war Pfarrer Armin Diener von der Landwirtschaftlichen Familienberatung, dem ehemaligen Bauernnotruf, anwesend, der zusammen mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiter über den Arbeitsbereich informierte. Ganz schnell wurde deutlich, wie notwendig diese Stelle ist - nicht nur in Zeiten, die für die Landwirtschaft schwierig sind. Pfarrer Diener ist Ansprechpartner für Menschen aus der Landwirtschaft mit persönlichen, familiären oder wirtschaftlichen Sorgen. Unterstützt wird es dabei von einer Reihe Ehrenamtlicher, die Menschen in schwierigen Situationen beraten und bei Bedarf auch längerfristig begleiten. Um flächendeckend in ganz Bayern arbeiten zu können, besteht eine enge Zusammenarbeit mit der katholischen Partnerorganisation. Gerade in Krisensituationen muss Kirche ein verlässlicher Ansprechpartner sein. Deshalb sollte diese halbe Pfarrstelle für die Landwirtschaftliche Familienberatung unbedingt erhalten bleiben.

Das dritte Thema „Grüne Gentechnik“ konnte nur noch ganz kurz angesprochen werden und soll zur intensiven Beschäftigung als Auftrag an die Synode weitergegeben werden.